www.gruene-mittelfranken.de

Bezirksverband Mittelfranken
Fischerstrasse 6a, 91522 Ansbach
0981-66688
0151-4120833
buero@gruene-mittelfranken.de
www.gruene-mittelfranken.de

Der Vorstand:
Marianne Schwämmlein
Ruth Halbritter
Markus Ganserer
Werner Schmidt

03.06.2016

Grüne Mittelfranken sagen NEIN zu TTIP & CETA

Volksbegehren gegen CETA unterstützen

Der Widerstand gegen TTIP und CETA hat erste Erfolge gezeigt. Vor zwei Jahren gingen die meisten Menschen in Deutschland noch davon aus, dass es überhaupt keine Chance gäbe, diese Verträge zu stoppen. Heute gehen viele davon aus, dass TTIP nicht mehr erfolgreich abgeschlossen werden kann. Aus einigen EU-Ländern kommen klare Signale, dass sie die Verträge nicht unterschreiben werden.

Wir Grünen in Mittelfranken haben uns von Anfang an klar und deutlich gegen die geplanten Freihandelsabkommen ausgesprochen. Auf unsere Initiative hin haben zahlreiche Kommunal-Parlamente Resolutionen gegen TTIP und TISA und CETA beschlossen.

Wir Grünen **sind** mit vielen Tausenden Aktiven, mit der Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften und teilweise auch den Kirchen eine tragende Säule im Kampf gegen diese Verträge. Der größte Erfolg besteht darin, dass die große Mehrheit der Bevölkerung sich nicht mehr von den falschen Versprechen „mehr Arbeitsplätze, mehr Wachstum, mehr Wohlstand" in die Irre führen hat lassen.

Wir haben also durch unser aller Engagement bereits ungeheuer viel erreicht. Wir danken allen, die an die Kraft der Demokratie und der Eigenverantwortung in unsere Gesellschaft geglaubt haben und immer noch daran glauben und daraus die Kraft gewinnen, weiter für
eine andere Gesellschaft zu kämpfen. Genau diese Kampfbereitschaft zeichnet Demokratinnen und Demokraten aus.

Der Kampf ist noch lange nicht beendet

Wir dürfen uns aber auf diesen Erfolg nicht ausruhen. Zurzeit geht eine große Bedrohung von CETA aus, das bereits vollständig ausverhandelt ist und noch im September 2016 vom Rat und der EU-Kommission positiv abgestimmt werden soll. Anfang 2017 soll dann das EU-Parlament darüber abstimmen – obwohl hierfür keine Abstimmung juristisch betrachtet notwendig wäre.
Wir gehen davon aus, dass auch die nationalen Parlamente diesen Vertrag ratifizieren müssen. Da dies aber Jahre dauern kann, sieht die Regelung eine „**vorläufige Inkraftsetzung**" der Verträge vor. Auch wenn Vizekanzler Gabriel im Deutschen Bundestag sich klar gegen eine vorläufige Inkraftsetzung des CETA-Vertrages ausgesprochen hat, können wir uns nicht darauf verlassen, da hierfür keine Einstimmigkeit im Ministerrat notwendig ist.

CETA im deutschen Bundesrat stoppen

Sollte CETA zu einem völkerrechtlichen Vertrag werden, wäre das Scheitern TTIPs nicht mehr wirklich relevant. 82 % der US-amerikanischen Konzerne haben Niederlassungen in Kanada und könnten über CETA vieles erreichen und umsetzen, was auch mit TTIP möglich wäre. Hierbei spielen die „privaten Schiedsgerichte" die zentrale Rolle. US-Konzerne könnten Prozesse gegen Deutschland und andere europäische Staaten über Kanada führen. Dies wäre auch für europäische Konzerne möglich, sie bräuchten nur Tochtergesellschaften in Kanada gründen. Deshalb müssen wir unseren demokratischen Kampf gegen CETA verstärken und den deutschen und europäischen Politikern und Politikerinnen deutlich machen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung den Vertrag nicht will.

Deshalb unterstützen wir Grüne Mittelfranken das

Volksbegehren gegen CETA
Aktionstag mindestens 25.000 Unterschriften
am 16.07.2016 in ganz Bayern

Ziel des Volksbegehrens ist es, die bayerische Staatsregierung über einen Volksentscheid zu verpflichten, im Bundesrat – so es zu einer Abstimmung kommen sollte – gegen die Annahme des CETA Abkommens zu stimmen. Damit gäbe es sicher eine Mehrheit gegen CETA im Bundesrat und somit könnte der Vertrag in Deutschland nicht ratifiziert werden. Damit wäre er auch in der EU nicht mehr durchsetzbar.

Wir sind gegen TTIP und CETA, weil wir

- Unsere hohen Standards nicht gefährden möchten.
- das Vorsorgeprinzip als politische und juristische Leitlinie bei Produktzulassungen erhalten möchten.
- auch zukünftig notwendige Änderungen von ökologischen und sozialen Standards vornehmen wollen, ohne das Risiko der Entschädigungszahlungen einzugehen. TTIP und CETA enthalten Investitionsschutzklauseln, die solche Entschädigungszahlungen möglich machen.
- keine Schiedsgerichte (=„privates Justizwesen") für Konzerne und Unternehmen akzeptieren, das nur zugunsten der Konzerne Recht sprechen kann.
- deutsche und europäische Gesetzesänderungen weder mit den USA noch mit Kanada vorher absprechen möchten.
- das grundgesetzlich geschützte kommunale Selbstbestimmungsrecht in keiner Weise durch die Verträge in Frage stellen wollen.
- die Gemeinwohlförderung als das oberste Prinzip jeden staatlichen Handelns als oberste Maxime begreifen.
- Handel und Investition als Bereiche ansehen, die einen positiven Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zu leisten haben, auch wenn jeder Handel und jede Investition legitimer Weise gewinnorientiert sein sollte.
- in letzter Zeit veröffentlichte Gutachten[1] unsere Analyse bestätigen, dass die Gefahren und Nachteile größer sind als die Vorteile und Chancen.

Wir sind gegen TTIP und CETA, weil wir in den Verträgen eine Einschränkung unserer demokratischen Prinzipien sehen, die so gut wie nicht mehr revidierbar sind.

1